

Stadt Barsinghausen

28.09.2011

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Verwaltungssteuerung,
Gleichstellung und Rechnungsprüfung

Sitzungs-Nr: XVI/21 SteuerA

Sitzungstermin: am Mittwoch, dem 01.06.2011, 18:00 Uhr bis 20:45 Uhr

Sitzungsort: Aula der Adolf-Grimme-Schule, Langenäcker 38

Anwesend sind:

Mitglieder CDU-Fraktion

- | | | |
|----|------------------|--------------------------|
| 1. | Ratsherr | Hohenstein, Ernst |
| 2. | Ratsherr | Kowalski, Michael |
| 3. | Ratsherr | Schroth, Gerald |
| 4. | Ratsvorsitzender | Steuernagel, Marc-Oliver |

Mitglieder SPD-Fraktion

- | | | |
|----|----------|-----------------------|
| 5. | Ratsfrau | Beckmann, Kerstin Dr. |
| 6. | Ratsherr | Bienert, Sigurd |
| 7. | Ratsherr | Härdrich, Dirk Dr. |

Mitglieder FDP-Fraktion

- | | | |
|----|----------|-------------------|
| 8. | Ratsherr | Klockow, Bernhard |
| 9. | Ratsfrau | Schreiber, Alice |

Mitglieder Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

- | | | |
|-----|----------|------------------|
| 10. | Ratsherr | Röver, Christian |
|-----|----------|------------------|

Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

- | | | |
|-----|------------------------|--------------------------------|
| 11. | Herr | Bischoff, Claus ab 18.20 Uhr |
| 12. | Behindertenbeauftragte | Bothe, Ursula |
| 13. | Herr | Gronenberg, Bernd ab 18.10 Uhr |
| 14. | Herr | von Berckefeldt, Gerhard |

von der Verwaltung

- | | | |
|-----|------------------------|----------------------------|
| 15. | Geschäftsführer | Möller, Jochen |
| 16. | Fachdienstleiter | Müller, Stefan |
| 17. | Fachdienstleiter | Pape, Marcus |
| 18. | Verwaltungsbeamter | Zeidler, Stefan |
| 19. | Verwaltungsangestellte | Zeuschner-Barchmann, Heidi |

als Gäste

- | | | |
|-----|----------|-------------------|
| 20. | Herr | Heinz, Rainer Dr. |
| 21. | Frau | Knigge, Frauke |
| 22. | Ratsfrau | Richter, Angelika |
| 23. | Herr | Sander, Torsten |

es fehlten entschuldigt

- | | | |
|-----|----------|---------------------------|
| 24. | Frau | Hippert-Glowienka, Anette |
| 25. | Herr | Lux, Thomas |
| 26. | Ratsherr | Riemer, Hagen |
| 27. | Herr | Wölki, Manfred |

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung der Niederschrift über die 20. Sitzung/XVI. WP des Ausschusses für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung am 14.03.2011
4. Projekt "Aufbau einer zielorientierten Produktsteuerung" - Sachstand-
XVI/0723
5. Bildung einer gemeinsamen kommunalen Anstalt öffentlichen Rechts - HannIT -
zum 01.07.2011
XVI/0703
6. Auslaufen des Konzessionsvetrages Gas -weiteres Vorgehen-
XVI/0724
7. Gleichstellung in den Führungsgremien der Stadt Barsinghausen und der städtischen Gesellschaften
- Antrag der SPD-Fraktion vom 03.05.2011 -
XVI/0718
8. Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 und Entlastung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates der Alte Zeche Gemeinnützige Betriebs GmbH
XVI/0721
9. Auflösung der BGB Bäderbetriebsgesellschaft Barsinghausen mbH
XVI/0719
10. Energie- und Klimaschutzkonzept für Barsinghausen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 27.04.2011 -
XVI/0716
11. Atomausstieg konkret
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.04.2011 -
XVI/0713
12. Mitteilungen der Verwaltung
13. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung

Herr Bienert eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt Herrn Dr. Heinz (S/E/ Strategie und Ergebnisse), Herrn Sander (HannIT) und Frau Knigge (Commerzial Treuhand).

Herr Müller weist darauf hin, dass bei TOP 9 und der zugehörigen Vorlage XVI/0719 das Wort „Auflösung“ durch das Wort „Verschmelzung“ ersetzt werden müsse.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.
2. Die Tagesordnung in vorliegender Form wird für den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil beschlossen.

2. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

3. Genehmigung der Niederschrift über die 20. Sitzung/XVI. WP des Ausschusses für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung am 14.03.2011

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 1

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Niederschrift über die 20. Sitzung/XVI. WP des Ausschusses für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung am 14.03.2011 wird genehmigt.

4. Projekt "Aufbau einer zielorientierten Produktsteuerung" - Sachstand-Vorlage: XVI/0723

Herr Dr. Heinz präsentiert den Zwischenstand zum Teilprojekt „Zielorientierte Produktsteuerung“ (siehe Anlage).

Herr Klockow hält es für wichtig, durch Bürgerfeedback eine Aussage über Qualität und die Außenwirkung einzuholen. Herr Dr. Heinz sagt, dass er Kundenbefragungen ebenfalls für

sehr wichtig halte, vor allem um Entscheidungen in Bereichen mit hoher Außenwirkung besser zu fundieren.

Herr Schroth erkundigt sich nach der Transparenz der erhobenen Daten für die Bürger und möchte wissen, wie der damit verbundene Pflegeaufwand zu bewältigen ist.

Herr Dr. Heinz sagt, dass es zwar eine umfangreiche Datenbasis gäbe, diese aber empfangenorientiert zusammengefasst werde, um eine Übersicht und Aussagekraft zu gewährleisten. Die Pflege der Daten halte er für leistbar, da ohnehin viele Daten vorhanden sind.

Herr Lahmann fügt hinzu, dass nur Kennzahlen abgebildet werden, die auch ohne großen Aufwand ermittelbar sind. Er bittet darum, dass sich die Politik bis zur nächsten Sitzung im September mit den Kennzahlen auseinandersetzt, um dann Änderungswünsche äußern zu können.

Herr Dr. Härdrich fragt, ob eine qualitative Messung in objektiver Weise überhaupt möglich sei. Er weist darauf hin, dass z.B. das Wort „angemessen“ unterschiedlich definiert werden könne. Herr Dr. Heinz entgegnet, dass man bspw. die Qualität von Jugendfreizeitstätten sehr wohl messen könne, dafür sei aber die Erstellung eines Konzepts nötig.

Frau Dr. Beckmann fragt, wie die Erstellung eines solchen Konzepts für die Jugendfreizeitstätten zeitlich umsetzbar sei. Herr Lahmann sagt, dass die Konzepte von der Verwaltung noch erarbeitet werden müssten, erst dann könne die Politik beteiligt werden. Er rechne damit bis zum Ende des Jahres.

Herr Bienert bedankt sich bei Herrn Dr. Heinz und verabschiedet ihn.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: Kenntnis genommen

**5. Bildung einer gemeinsamen kommunalen Anstalt öffentlichen Rechts - HannIT
- zum 01.07.2011
Vorlage: XVI/0703**

Herr Sander erläutert die Gründe für die Bildung der Anstalt öffentlichen Rechts (AöR).

Frau Dr. Beckmann sagt, dass bereits gute Erfahrungen mit der HannIT gemacht worden seien. Dies sei ein gelungenes Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit, weshalb die SPD-Fraktion für die Beteiligung an der AöR ist.

Herr Steuernagel spricht sich im Namen der CDU-Fraktion ebenfalls für eine Beteiligung aus.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Stadt Barsinghausen gründet nach Maßgabe der dieser Beschlussvorlage anliegenden Gründungsvereinbarung und Anstaltssatzung gemeinsam mit weiteren Kommunen eine gemeinsame kommunale Anstalt HannIT mit Wirkung vom 01.07.2011.

Die Gründung der gemeinsamen kommunalen Anstalt sowie der dieser Beschlussvorlage beigefügte Gründungsvereinbarung und Anstatssatzung wird auch für die Fälle beschlossen, dass in einzelnen der übrigen aufgeführten Trägerkommunen eine entsprechende Beschlussfassung nicht oder nur mit Wirkung zu einem späteren Zeitpunkt zustande kommt oder die Dienstherrenfähigkeit von der Kommunalaufsichtsbehörde ausgeschlossen wird.

6. Auslaufen des Konzessionsvetrages Gas -weiteres Vorgehen- Vorlage: XVI/0724

Frau Knigge erläutert die Vorlage und schildert den Sachstand.

Frau Dr. Beckmann erkundigt sich, ob die Beschlussempfehlung deswegen so breit angelegt sei, um möglichst viele Konzepte einzuschließen. Sie möchte wissen, warum man sich in der Beschlussempfehlung auf eine Netzgesellschaft konkretisiert habe.

Herr Lahmann, Herr Möller und Frau Knigge sagen, dass durch diese Formulierung alle erdenklichen Modelle abgedeckt seien. Insbesondere sei ein Pachtmodell sowie das Betriebsführungsmodell abgedeckt.

Herr Klockow ergänzt, dass durch eine Netzgesellschaft eine Zusammenführung von Gas und Wasser nicht ausgeschlossen sei, man dadurch sogar diverse Gestaltungsoptionen erhalte.

Frau Dr. Beckmann möchte vermeiden, dass die Stadtwerke privatisiert werden. Sie sieht durch den Begriff Netzgesellschaft nicht alle Möglichkeiten abgedeckt. Herr Härdrich schließt sich der Aussage an und möchte vermeiden, dass bestimmte Angebote gar nicht erst abgegeben werden können.

Frau Knigge sagt, ihr sei kein Modell bekannt, das nicht abgedeckt werde.

Herr Steuernagel sieht durch den Beschlusstext ebenfalls alle sinnvollen Möglichkeiten erfasst. Auch die CDU-Fraktion lehne einen Einstieg durch Dritte in die Stadtwerke ab. Daher sei der Beschlusstext in Ordnung.

Herr Röver stellt einen Änderungsantrag in der Form, die Konzession mit E.On um drei Jahre zu verlängern, um dadurch mehr Beratungszeit zu erhalten. Herr Steuernagel fragt, ob dies möglich sei.

Herr Lahmann antwortet, dass dieses lt. Landeskartellbehörde durchaus möglich sei, E.On biete diese Option sogar an.

Herr Röver fragt, ob eine Verlängerung ohne weiteres durchgeführt werden könne oder ob eine erneute Ausschreibung der Konzession von Nöten sei. Herr Lahmann sagt, dass in jedem Fall neu ausgeschrieben werden müsse.

Frau Dr. Beckmann sagt, dass die SPD-Fraktion gegen eine Verlängerung sei, da sie die Stadtwerke weiter stärken wolle. Ziel soll sein, Gas und Wasser in den Stadtwerken zu etablieren.

Herr Schroth und Herr Klockow sehen durch den Beschlusstext alle Modelle abgedeckt, so dass eine Abstimmung durchaus möglich wäre.

Frau Dr. Beckmann erkundigt sich nochmals, ob nach Ausschreibung ein Sonderkündigungsrecht vereinbart werden könne. Herr Möller und Frau Knigge bejahen das.

Herr Lahmann fügt hinzu, dass diese Option rein hypothetisch sei, da die Angebote mit Sonderkündigungsrecht schlechter ausfallen werden als ohne Sonderkündigungsrecht.

Frau Dr. Beckmann meldet weiteren Beratungsbedarf an. Die SPD-Fraktion würde sich im Falle einer Abstimmung enthalten.

Herr Röver zieht seinen o.g. Änderungsantrag zurück.

Herr Steuernagel schlägt vor, den TOP als behandelt zu erklären.

Der TOP wird einvernehmlich als behandelt erklärt.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: behandelt

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vergabe des Konzessionsvertrages über die Nutzung der öffentlichen Verkehrswege der Stadt Barsinghausen für die Verlegung und den Betrieb von Gasleitungen aller Art nebst Zubehör auszuschreiben und dabei auch ein Nebenangebot zur Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft mit einem Beteiligungspartner zuzulassen.
2. Die Ausschreibung erfolgt auf Basis des dieser Beschlussvorlage beigefügten Entwurfs eines Ausschreibungstextes.
3. Grundlage für die Zuschlagserteilung sind die in dieser Beschlussvorlage dargelegten Bewertungskriterien.

**7. Gleichstellung in den Führungsgremien der Stadt Barsinghausen und der städtischen Gesellschaften
- Antrag der SPD-Fraktion vom 03.05.2011 -
Vorlage: XVI/0718**

Herr Dr. Härdrich stellt den Antrag der SPD-Fraktion vor.

Herr Röver hält den Zeitpunkt für unglücklich und möchte die Angelegenheit im neuen Rat diskutieren.

Herr Steuernagel sagt, er halte eine Quote für nicht sinnvoll und verweist u.a. auf das Persönlichkeitswahlrecht.

Frau Zeuschner-Barchmann begrüßt den Antrag der SPD-Fraktion. Sie hält den Zeitpunkt für unerheblich und weist darauf hin, dass die Parteien zumindest Einfluss auf die Listenplätze der Frauen haben.

Herr Klockow schließt sich Herrn Röver an und meint, der Zeitpunkt des Antrages käme unglücklich. Zudem sagt er, dass auch die Listenplätze nicht immer durch Frauen zu besetzen seien. Er halte den Antrag für überflüssigen Populismus.

Herr Dr. Härdrich weist den Begriff Populismus zurück. Die angebrachten Kritikpunkte würden sich außerdem immer wieder wiederholen.

Herr Hohenstein geht auf die Formulierung des Antrags ein und sagt, der Wortlaut „verbindliche Empfehlung“ sei nicht möglich. Und für ein nachträgliches Gremium könne dies auch nicht verbindlich sein.

Frau Dr. Beckmann gibt zu bedenken, dass man in Gremien ohne Frauen das weibliche Geschlecht nicht voll würdigen könne.

Herr Steuernagel geht auf die Aussage von Herrn Dr. Härdrich ein und sagt, dass trotz des Wiederholens von Argumenten diese nicht falsch werden. Herr Schroth ergänzt ihn und sagt, dass auch die CDU möglichst viele weibliche Positionen anstrebt, eine feste Quote sei aber nicht immer möglich.

Frau Zeuschner-Barchmann wirft ein, dass es ein Programm des Landes zur Frauengewinnung für die Politik gäbe, zu dem auch alle Parteien eingeladen wurden, es aber keine Resonanz gab.

Herr Klockow mutmaßt, der Antrag sei gegen die CDU gerichtet und bittet daher den Antrag zurückzuziehen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 3 Nein-Stimmen: 7 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: abgelehnt

Der Rat der Stadt Barsinghausen beschließt:

1. Der Rat der Stadt Barsinghausen der 16. Wahlperiode empfiehlt dem Rat der 17. Wahlperiode (2011 – 2016), verbindlich (z.B. durch entsprechende Änderung der Geschäftsordnung) dafür zu sorgen, dass im Verwaltungsausschuss der Stadt und den Aufsichtsgremien der städtischen Gesellschaften mindestens 30 % eines jeden Geschlechts vertreten sind und Beschlüsse zu fassen, dass dieser Anteil in der 18. Wahlperiode auf 50 % gesteigert wird. Die Verwaltung wird beauftragt, dies bereits in den Entwurf einer Geschäftsordnung für den Rat der 17. Wahlperiode aufzunehmen.
2. Die Geschäftsordnung des Rates ist zudem so zu ändern, dass jede Fraktion, die mindestens drei Personen in eines der oben genannten Gremien entsendet, beide Geschlechter verbindlich berücksichtigt.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, in welcher Form es möglich ist, die bestehenden vertraglichen Grundlagen der Gesellschaften so zu ändern, dass auch auf diese Weise die genannte Quote bei der Besetzung der Gremien zwingend einzuhalten ist.

8. Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 und Entlastung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates der Alte Zeche Gemeinnützige Betriebs GmbH
Vorlage: XVI/0721

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die vom Rat benannten Vertreter der Stadt Barsinghausen in der Gesellschafterversammlung der Alte Zeche Gemeinnützige Betriebs GmbH werden gem. § 111 Abs. 1 der Nieders. Gemeindeordnung angewiesen, in der betreffenden Gesellschafterversammlung bzw. im Umlaufverfahren wie folgt zu votieren:

1. Die Bilanz zum 31.12.2010 und die Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2010 mit einer Bilanzsumme von 175.073,39 EUR und einem Jahresüberschuss von 29.949,39 EUR wird festgestellt.
2. Der aus dem Geschäftsjahr 2009 verbliebene Verlustvortrag i.H.v. 881,50 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat der Alte Zeche Gemeinnützige Betriebs GmbH wird für das Geschäftsjahr 2010 die Entlastung erteilt.
4. Der Dipl.-Kaufmann Ralf Diekmann –TREURAT Steuerberatungsgesellschaft mbH-, Altenhofstr. 3, 30890 Barsinghausen wird beauftragt, für das Geschäftsjahr 2011 die Buchführung und den Jahresabschluss zu erstellen.

9. Auflösung der BGB Bäderbetriebsgesellschaft Barsinghausen mbH
Vorlage: XVI/0719

Herr Müller weist darauf hin, dass beim Betreff der Vorlage das Wort „Verschmelzung“ an die Stelle von „Auflösung“ gehört. Gleiches gelte für den gesamten Inhalt der Vorlage. Er ergänzt, dass es zum bevorstehenden VA eine überarbeitete Vorlage geben wird. Er betont, dass es bei dieser Änderung lediglich um die Begrifflichkeiten gehe.

Der TOP wird einvernehmlich für behandelt erklärt.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: behandelt

Die Vertreter der Stadt Barsinghausen in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Barsinghausen GmbH werden angewiesen:

1. Einem Beschluss zur rückwirkenden Verschmelzung der BGB Bäderbetriebsgesellschaft Barsinghausen mbH auf die Stadtwerke Barsinghausen GmbH zum 1. Januar 2011 zuzustimmen.

2. Der Erteilung einer Weisung an den Vertreter der Stadtwerke Barsinghausen GmbH in der Gesellschafterversammlung der BGB Bäderbetriebgesellschaft Barsinghausen mbH zur rückwirkenden Verschmelzung dieser Gesellschaft zum 1. Januar 2011 zuzustimmen.

**10. Energie- und Klimaschutzkonzept für Barsinghausen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 27.04.2011 -
Vorlage: XVI/0716**

Herr Röver erläutert kurz den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Herr Lahmann sagt, dass bereits ein Antrag zur Bezuschussung eines Klimaschutzkonzeptes gestellt worden sei. Eine Entscheidung zur Genehmigung des Antrags werde im Sommer erwartet.

Aus diesem Grund sei der Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN aktuell nicht notwendig. Herr Lahmann empfiehlt, den o.g. Sachverhalt abzuwarten.

Frau Dr. Beckmann schlägt vor, die Angelegenheit in die nächste Ausschusssitzung zu vertragen, um dann unter Umständen darüber befinden zu können.

Der TOP wird einvernehmlich in die nächste Sitzung vertagt.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: vertagt

I.

Der Rat der Stadt Barsinghausen unterstützt die Bestrebungen, jetzt einen schnellstmöglichen Atomausstieg ohne negative Folgen für die Sicherheit der Stromversorgung und den Klimaschutz zu realisieren. Rat und Verwaltung streben an, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürger sowie allen Institutionen und Unternehmen in dieser Stadt das Ziel zu erreichen, dass **Barsinghausen spätestens ab 2030 vollständig mit Erneuerbaren Energien versorgt** wird.

II.

Die Verwaltung wird gebeten, als Sofortmaßnahme die **Versorgungsverträge für städtische Objekte schnellstmöglich auf den Bezug von Ökostrom** mit dem ok-Power-Label oder dem Grünen Strom Label **umzustellen**.

III.

Die Verwaltung wird beauftragt – *wie bereits seitens Bündnis 90 / DIE GRÜNEN für das Jahr 2010 im Rat beantragt (!)* - nunmehr ein **Energie- und Klimaschutzkonzept für Barsinghausen zu erstellen**. Dieses Konzept soll einen Maßnahmenkatalog mit konkreten Umsetzungsschritten

- zur Energieeinsparung,
 - zur Steigerung der Energieeffizienz sowie
 - zur Erzeugung und zum Einsatz von Erneuerbaren Energien
- enthalten, um das unter Ziff. I. beschriebene Ziel zu erreichen.

Das Konzept sollte zumindest die folgenden Kriterien erfüllen:

1. Bestandsaufnahme
 - Energiebedarf - Strom und Wärme - in der Stadt Barsinghausen, aufgeschlüsselt nach Privathaushalten, Unternehmen und städtischen Objekten
 - Energieerzeugung im Bereich der Stadt Barsinghausen

2. Potentialanalyse
 - Potential Energieeffizienz bei Strom- und Wärmebedarf, insgesamt und bei städtischen Objekten
 - Potentialabschätzung erneuerbare Energiequellen, insgesamt und bei städtischen Objekten

3. Maßnahmenkatalog mit Umsetzungsschritten zu städtischen Objekten, u.a.
 - Maßnahmen zur Stromeinsparung
 - Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, insbesondere Wärmedämmung
 - verstärkte Strom-/ Wärmeerzeugung aus regenerativen Ressourcen
 - Bewusstseinsbildung und Nutzungsmotivation in der Verwaltung

4. Maßnahmenkatalog mit Umsetzungsschritten für die Stadt insgesamt, u.a.
 - Neuordnung der Energieversorgung nach Ablauf der Konzessionsverträge
 - Energieberatung für private Haushalte, Unternehmen, Institutionen
 - Bewerbung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz
 - Entwicklung von Anreizsystemen und anderer Regelungen zur Erstellung energieeffizienter Neubauten

Die Bestandsaufnahme soll dem Rat bis spätestens zum 15.08.2011 vorgelegt werden. Für die Erarbeitung der weiteren Bestandteile des Konzeptes wird eine externe Unterstützung erforderlich sein. Die Verwaltung wird gebeten, den dafür erforderlichen Aufwand bis zum 01.07.2011 zu benennen, damit die entsprechenden Mittel im Rahmen eines Nachtragshaushaltes zur Verfügung gestellt werden können.

**11. Atomausstieg konkret
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.04.2011 -
Vorlage: XVI/0713**

Herr Dr. Härdrich erklärt die Gründe für den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Schroth sagt, man könne auf kommunaler Ebene auch anders einen Beitrag leisten, wie bspw. durch die geförderten Energiesparmaßnahmen im letzten Jahr.

Herr Klockow ergänzt, dass dies eine Angelegenheit der großen Politik in Berlin sei und der Antrag daher auch überflüssig sei, weil der Konsens auf Bundesebene gefunden werden müsse. Er fügt hinzu, dass die Verwaltung sich darauf konzentrieren solle, kostengünstigen Strom zu beziehen.

Herr Röver hält die Entscheidungen auf Bundesebene für sehr wichtig und fordert ein Umdenken. Er führt an, dass man sich für Entlagerungskosten auch nicht interessiere und hat daher einen konkretisierten Änderungsantrag vorgelegt.

Herr Dr. Härdrich gehe es nicht um das pro und contra, sondern um die Rahmenbedingungen bei der Formulierung der Konzessionsbedingungen.

Herr Lahmann sagt, dass die Konzessionsvergabe für Strom erst 2015 bevorstehe und es dabei nicht um die Erzeugung und den Vertrieb von Strom, sondern um die Durchleitung gehe.

Herr Steuernagel geht auf die lokalen Gegebenheiten ein und sagt, dass er persönlich gegen diesen Antrag sei.

Über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird wie folgt abgestimmt:

Zu Ziffer 2: abgelehnt mit 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Zu Ziffer 3: abgelehnt mit 1 Ja-Stimme, 8 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 3

Nein-Stimmen: 6

Stimmenthaltungen: 1

Beratungsergebnis: abgelehnt

Der Rat der Stadt Barsinghausen fasst folgenden Beschluss:

1. Die vorbereitenden Gespräche der Verwaltung mit der EON-Avacon zum möglichen Abschluss eines neuen Konzessionsvertrages für Strom werden eingestellt.
2. Bei der Auswahl eines Stromanbieters für die Konzessionierung oder Kooperationsmodellen werden Anbieter ausgewählt, die ausdrücklich auf die Erzeugung oder den Zukauf von Atomstrom verzichten und dies auch entsprechend erklären. Dies ist bei Anfragen und vorbereitenden Ausschreibungen ausdrücklich als Kriterium aufzuführen. Auf den Erhalt einer Konzessionsabgabe ist dabei zu achten.
3. Die Stadtverwaltung wird durch den Anbieterwechsel oder Wechsel des Tarifs beim derzeitigen Anbieter ihren Strombezug so umstellen, dass kein Atomstrom mehr bezogen wird.
4. Die vom Rat entsandten Vertreterinnen und Vertreter in den Aufsichtsgremien der städtischen Gesellschaften sollen darauf hinwirken, dass diese Gesellschaften ebenfalls ihren Strombezug so umstellen, dass kein Atomstrom mehr bezogen wird.

12. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Müller gibt bekannt, dass er Anfang April einen Investitionskredit in Höhe von 2 Mio. EUR aufnehmen musste. Dazu sind sechs Angebote eingeholt worden, bei dem ein örtliches Institut den Zuschlag bekommen hat. Der Zinssatz beläuft sich auf 4,19% für die gesamte Laufzeit. Durch die Aufnahme des Kredites sind nunmehr alle Kreditermächtigungen aus Vorjahren aufgebraucht.

Herr Müller sagt weiter, dass der Liquiditätskreditbedarf derzeit bei 20 Mio. EUR liege und derzeit ein Zinssatz von 1,4% zu zahlen sei. Er befürchtet, dass das Zinsniveau in naher Zu-

kunft steigen wird und ggf. eine Erweiterung des Liquiditätsbedarfs auf 22 bis 23 Mio. EUR erforderlich werde.

Herr Müller teilt weiter mit, dass der Anteil an der Einkommenssteuer im Vergleich zum Vorquartal 7,6% höher ausgefallen sei. Diese Steigerung sei allerdings schon im Haushalt einkalkuliert gewesen.

Weiter gibt er bekannt, dass der Bescheid über die Finanzausgleichsleistungen zwischenzeitlich eingegangen sei. Dadurch werden bei den Schlüsselzuweisungen 150.000 EUR Mehrertrag erzielt werden. Auf der Gegenseite müsse aber auch eine um 50.000 EUR höhere Regionsumlage gezahlt werden.

13. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Frau Dr. Beckmann erkundigt sich nach dem Stand der Gebührenkalkulationen, insbesondere im Friedhofswesen.

Herr Lahmann antwortet, dass derzeit das Besetzungsverfahren für die Stelle „Kosten- und Leistungsrechnung“ stattfindet.

Hinsichtlich der Straßenreinigungsgebühr ergänzt er, dass der Auftrag zur Kalkulation der alten Firma entzogen wurde und nunmehr mit einem Ergebnis im Herbst gerechnet werden könne.

Nichtöffentliche Sitzung:

Die Sitzung wird um 20:45 Uhr geschlossen.

Sigurd Bienert
Ausschussvorsitz

Marc Lahmann
Erster Stadtrat

Stefan Zeidler
Protokollführung